

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslands.

Filial-Expeditionen  
für die Vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Peter Haf,  
S. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis  
für ganz Deutschland  
1 R. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen deutschen  
Postanstalten auf den 1ten  
u. 2ten Monat und auf den  
3ten Monat besonders an-  
genommen; im Reg. Sachsen  
u. Herzogth. Sachsen-Altenburg  
auch auf den 1ten Monat des  
Quartals à 54 Pf.

Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreigeheilte Petit-Zeile berechnet.

Nr. 80.

Freitag, 16. Juli.

1875.

## Nationalökonomie.

XII.

### Profitrate und Ausbeutungsrate.

Wie wir an dem Beispiel der Ziegelerbeiter gezeigt haben, giebt das Rohmaterial und der durch die Arbeit abgenutzte Theil der Arbeitsmittel den Werth an das neue Arbeitsprodukt ab; wir müssen diesen Umstand aber noch von einem anderen Gesichtspunkte aus betrachten.

Die Ziegelerde wird durch die Arbeit der Ziegler zu Steinen verarbeitet, und dabei werden die Kohlen und ein Theil der Arbeitsmittel verbraucht. Die Gebrauchswerte der Materialien werden also vollständig vernichtet; die zu Steinen verarbeitete Ziegelerde hat ihre Eigenschaft als Ziegelerde verloren, die Kohlen sind zu Schlacken und Asche verbrannt; an ihrer Stelle haben wir einen neuen Gebrauchswert, die Steine. Wir wissen, daß der Tauschwert immer an einem Gebrauchswert haftet; der Tauschwert der Ziegelerde und der Kohlen würde also vollständig verschwinden, wenn nicht für den, durch den Produktionsprozeß vernichteten Gebrauchswert ein neuer Gebrauchswert entstanden wäre, welcher Träger des Tauschwertes sein kann.

Die Uebertragung des Tauschwertes aus den Produktionsmitteln auf das neue Produkt hängt also davon ab, daß die Arbeit eine zweckentsprechende ist, daß sie einen neuen Gebrauchswert erzeugt. Um aus Ziegelerde Steine zu machen, muß man Ziegelerarbeit verrichten; um aus Baumwolle Garn zu machen, muß man Spinnerarbeit verrichten. Mit Ziegelerarbeit kann man aus Baumwolle kein Garn, mit Spinnerarbeit aus Ziegelerde keine Steine machen. Die dem bestimmten Produktionszweck entsprechende Arbeit ist es also, die den neuen Gebrauchswert herstellt und damit zu gleicher Zeit den Tauschwert aus den Produktionsmitteln auf das neue Produkt überträgt. Beim Ziegler überträgt also die spezifische Ziegelerarbeit, beim Spinner die spezifische Spinnerarbeit den Tauschwert aus den Produktionsmitteln auf das Produkt.

Indem der Ziegler oder der Spinner oder irgend ein anderer Arbeiter aber seine spezifische Arbeit verrichtet, erzeugt er auch neuen Werth, und zwar genau so viel, als er allgemein menschliche, gesellschaftlich notwendige Arbeit verrichtet. Indem er also den vorhandenen Werth durch seine besondere Arbeitsgeschicklichkeit als Ziegler, Spinner oder dergl. erhält, fügt er als Bewerker allgemein menschlicher Arbeitskraft dem vorhandenen Werth neuen Werth hinzu.

Wir sehen also, daß die Arbeit im Produktionsprozeß eine doppelte Rolle spielt, indem sie einmal eine werthhaltende und zu gleicher Zeit eine werthbildende Kraft entfaltet; wir müssen daher auch das in den Produktionsprozeß geflochtene Kapital nach diesen beiden Richtungen hin in Betracht ziehen.

Das zum Ankauf der Produktionsmittel verwendete Kapital, richtiger gesagt: der zu diesem Ankauf verwendete Theil des Kapitals geht unverändert in seinem Werth durch den Produktionsprozeß hindurch; der Werth aller verbrauchten Produktionsmittel erscheint in Folge der werthhaltenden Kraft der Arbeit im neuen Produkt wieder; dieser Theil des Kapitals bleibt sich also im Werthe gleich, sein Werth ist konstant, gleichbleibend, und deshalb nennen wir diesen Theil des Kapitals: konstantes Kapital.

Der zum Ankauf der Arbeitskraft verwendete Theil des Kapitals heist durch unbezahlte Arbeit den Mehrwerth; seine Werthgröße verändert sich also, sie ist variabel, veränderlich, und deshalb nennen wir diesen Theil des Kapitals: variables Kapital.

Nur wenn man diese, scheinbar unwesentliche Trennung des Kapitals in die bezeichneten beiden Theile vornimmt, ist es möglich, einen klaren Einblick in die, durch Verbesserung und Vermehrung der Maschinen immer mehr zunehmende verhältnismäßige Ausbeutung der Arbeiter zu gewinnen; wenn man, wie es jetzt allgemein üblich ist, das ganze in den Produktionsprozeß geflochtene Kapital mit dem erzeugten Mehrwerth vergleicht, erhält man die Profitrate des Kapitals, nicht aber die Ausbeutungsrate der Arbeit, welche bedeutend höher als jene ist. Man hat sich so sehr daran gewöhnt, einen Theil des Mehrwerthes, also einen Theil des Ertrages der unbezahlten Arbeit, als Zins vorweg für das Kapital in Beschlag zu nehmen, daß man aus den gewöhnlichen Ertragsrechnungen den Betrag des der Arbeit entzogenen Mehrwerthes gar nicht mehr deutlich erkennen kann.

Setzt, der Besitzer der Ziegelerde, der Kohlen und der Arbeitswerkzeuge lebte in einer Zeit, in welcher zwar die heute bestehende Form des Privat-Eigentums in voller Geltung stünde, in welcher es aber noch keine Lohnarbeiter im heutigen Sinne des Wortes gäbe; der Mann will sich nun einen Stall bauen und braucht dazu Steine. Lohnarbeiter findet er nicht, die ihm die Arbeit machen; er wendet sich also an seine Nachbarn und muß froh sein, wenn ihm dieselben gegen Bezahlung des wirklichen Werthes ihrer Arbeit, nicht ihrer Arbeitskraft, Steine machen. Wenn die Steine fertig sind, ist er gerade so reich wie vorher; er hat dabei weder einen Groschen gewonnen noch verloren, denn er findet den Werth seiner Produktionsmittel und den Werth des vorausgabten Lohnes voll und ganz in den Steinen wieder; er hat sogar den Vortheil, daß aus seiner, ihm unnützen Ziegelerde und aus seinen Kohlen Steine geworden sind, die er nun zum Bau seines Stalles verwenden kann.

In diesem Falle wird es Niemandem einfallen, zu behaupten, der Mann habe seinen Nachbarn dadurch, daß er sie beschäftigte, und ihnen Lohn zahlte, einen besonderen Dienst erwiesen und könne daher von ihnen eine Extrabelohnung verlangen, einen Zins für

den Werth seiner Ziegelerde und seiner Kohlen, oder, wie Herr Haucher sagt, einen „Entbehrungslohn“ dafür, daß er so enthaltsam war, die Ziegelerde und die Kohlen nicht aufzufressen! Es ist wahr, die Leute haben durch sein vorgelegtes Kapital gelebt, dafür haben sie ihm aber auch aus nutzloser Ziegelerde Steine gemacht; Dienst um Dienst, Keiner hat von dem Andern etwas extra zu fordern.

Sobald jedoch die kapitalistische Produktionsweise allgemein eingeführt ist, weil der beschlossene Arbeiter seine Arbeitskraft auf dem Markte verkaufen muß, wird unser Arbeitgeber ganz anders rechnen und rechnen müssen. Jetzt fordert er Zins für sein vorgelegtes Kapital; das ist eine so allgemeine und von allen Seiten für berechtigt anerkannte Forderung, daß jeder Unternehmer, mag er mit eigenem oder erborgtem Kapital arbeiten, für das ganze Kapital Zins verlangt und Zins berechnet. Jetzt wird der erzielte Mehrwerth in ein Verhältnis zu dem ganzen Kapital gestellt und danach der Prozentsatz berechnet, welcher als Profit verdient ist; von dem Dienst, den die Arbeiter durch Umformung des Rohmaterials in einen neuen Gebrauchswert leisten, ist nicht mehr die Rede, man spricht nur noch von dem Dienst, den das Kapital den Arbeitern durch Gewährung von Arbeitsgelegenheit und Lohn leistet, und verlangt als Gegenleistung das Anerkenntnis, daß Zinsen nehmen nicht Stehlen, sondern eine berechtigte Eigenthümlichkeit unseres aufgeklärten Zeitalters sei!

Es liegt uns der Rechnungs-Abschluß der Berlin-Anhalter Bahn für das Jahr 1873 vor, und wollen wir an den darin enthaltenen Zahlen einmal beispielsweise zeigen, wie sehr die landläufige Berechnung der Profitrate des Kapitals die thatsächlich bestehende Ausbeutung der Arbeit verhält. Wir nehmen absichtlich den Abschluß einer Eisenbahn-Gesellschaft, weil bei dem Eisenbahnbetrieb eine Menge der verschiedensten Arbeiten und Dienstleistungen zur Erwerbung des Mehrwerthes zusammenwirken; es werden Erdarbeiter, Maschinenarbeiter, Tischler, Schlosser und Lackierer beschäftigt; die einfachste Arbeit der Wagenschieber, Schmierer, Bodenarbeiter wirkt mit der hoch qualifizierten Arbeit der Techniker zusammen; Bahnwärter, Weichensteller, Maschinenführer, Schaffner, Buchhalter, Schreiber und Rechnungsbeamte haben, jeder in seiner Art, Antheil an der Herstellung des Gesamtvertrages. Man kann von diesem Beispiele also leichter auf die Art und Weise schließen, wie es in der Gesamtarbeit des Volkes zugeht, als an dem Beispiel einer Spinnelei oder dergl.

Die Berlin-Anhaltische Eisenbahn hat im Jahre 1873 in Summa 1,630,000 Thaler Dividende, das heißt 16 Prozent des Stammkapitals bezahlet; es scheint also, als ob dieser Betrag der Theil des Arbeitsertrages sei, den sich das Kapital angeeignet habe, und viele Menschen verfallen in den Irrthum, zu glauben, weil 16 Prozent die Rate ist, welche durch Mehrarbeit für das Kapital abfällt, so seien die Arbeiter auch nur um 16 Prozent ihres Arbeitsertrages gekürzt.

Sehen wir uns aber das Ding einmal näher an. Wie bei jeder Eisenbahn wird das zur Erhaltung des baulichen und betriebmäßigen Zustandes der Bahn nöthige Kapital aus den Betriebseinnahmen entnommen; für größere, periodisch wiederkehrende Ausgaben, z. B. für Erneuerung der Schienen, Schwellen, Maschinen und Wagen wird ein ersparungsmäßig festgestellter Betrag zurückgelegt. Für diese Zwecke, sowie zur Unterhaltung der ganzen Bahnstrecke, der Telegraphen, Gebäude, Wärterhütten, der Werkstätten mit allem Werkzeug, der Maschinen, Tender und Wagen, zur Beschaffung von Brenn-, Schmier- und Schreibmaterial, kurz zur vollständigen Erhaltung der Eisenbahn in betriebsfähigem und geschäftlich brauchbarem Zustande wurden verausgabt 1,993,000 Thlr.

Dieser Betrag ist als Werth des konstanten Capitals anzusehen, welches vorgelegt ist, und in seinem gleichen Werth im Arbeitsprodukt wieder erscheint.

Die Gesamteinnahme betrug	5,325,000 Thlr.
ab obige	1,993,000 "
bleibt neuerzeugter Werth	3,332,000 Thlr.
Davon sind als Lohn gezahlt	1,308,000 "
bleibt Mehrwerth	2,024,000 Thlr.

Unter dem als Lohn gebuchten Betrage befinden sich alle Gehalte und Löhne, Gratifikationen und Meilengelder, die Kosten der Dienstkleider und die Remuneration der Gesellschafts-Vorstände, letztere, acht Mann, mit 44,000 Thalern, also pro Mann 5500 Thaler.

Man wird zugestehen müssen, daß die „geistige Leitung“ recht gut bezahlt worden ist; alle Arbeiter zusammen haben also für einen Lohn von 1,308,000 Thalern einen Mehrwerth von 2,024,000 Thalern erzeugt, der sich in folgender Weise vertheilt:

Zinsen und Amortisation	435,000 Thlr.
Eisenbahnsteuer	289,000 "
Dividende 16 pCt.	1,360,000 "
Summa wie oben	2,024,000 Thlr.

Nach der heute gebräuchlichen Rechnung beträgt die Profitrate des Capitals also nur 16 pCt.; stellt man aber den Ertrag der bezahlten Arbeit in ein Verhältnis zu dem Ertrag der unbezahlten Arbeit, so giebt das über 150 pCt. Das heißt also, die Arbeiter, einschließlich der 5500-Thaler-Männer, haben gerade 1 1/2 mal mehr Werth erzeugt, als sie Lohn bekamen; mit anderen Worten, sie haben für den Werth, den sie in einer Stunde erzeugten, 2 1/2 Stunden arbeiten müssen!

Beiläufig geben wir eine Uebersicht über die Höhe der Gehalte, welche diese rentable Bahn ihren Angestellten vor etwa 3 Jahren zahlte; es erhielten ein Gehalt von

	über 1000 Thlr.	14 Beamte
von 901 bis 1000	4	"
" 801 "	900	4 "
" 701 "	800	13 "
" 601 "	700	18 "
" 501 "	600	58 "
" 401 "	500	93 "
" 301 "	400	295 "
" 201 "	300	460 "
" 144 "	200	396 "

Summa: 1355 Beamte.

Es sei ausdrücklich wiederholt, daß diese Gehaltstabelle einige Jahre alt ist; ob inzwischen eine nennenswerthe Ausbesserung erfolgt ist, vermögen wir nicht zu sagen.

Die angegebenen Zahlen thun nun wohl zur Genüge kund, wie sehr die Profitrate des Capitals von der Ausbeutungsrate der Arbeit verschieden ist; wir werden später nachweisen, in welcher Weise vermehrte Anwendung von Maschinen, also vermehrtes konstantes Capital auf diese Ausbeutungsrate einwirkt.

An dem gewählten Beispiele wird auch klar, daß das Capital nicht nur den eigentlichen Arbeiter, sondern auch die sogenannten Beamten ausbeutet; der geschulteste Techniker wie der Wagenschieber, der einfache Schreiber wie der gewandteste Buchhalter werden gleichmäßig in Lohn genommen und müssen durch unbezahlte Mehrarbeit den „Entbehrungslohn“ für den Capitalisten verdienen.

Dabei sei bemerkt, daß im Dienste des Capitals der Unterschied zwischen der schweren und leichten, der complicirten und der einfachen Arbeit mehr und mehr auszugleichen wird. So nothwendig es also für das Verständnis des Begriffs der allgemein menschlichen Arbeit ist, auf den Unterschied der schwerer zu erlernenden und der ohne alle Anleitung zu verrichtenden Arbeit aufmerksam zu machen, wie wir das an anderer Stelle gethan haben, so entschieden muß doch auch betont werden, daß im kapitalistischen Betriebe dieser Unterschied immer mehr verschwindet, und daß beim Verkauf der Arbeitskraft die höher qualifizierte Arbeit unter den heutigen Verhältnissen häufig einen bedeutend geringeren Werth hat, weil sie überflüssig vorhanden ist, als die gewöhnliche Arbeit.

Man denke nur an den Lohn, den vor einigen Jahren die Steinträger in Berlin erzielten, und vergleiche denselben z. B. mit dem Verdienst eines Tischlers. Jeder wird zugestehen, daß ein Tischler eine längere Lehrzeit durchmachen muß, ehe er sein Handwerk versteht, als ein Steinträger, dessen aufreibende Arbeit nur besondere Körperkraft, keine Vorbildung erfordert.

Manz sagt darüber: „Der Unterschied zwischen höherer und einfacher Arbeit beruht zum Theil auf bloßen Fälsionen oder wenigstens Unterschieden, die längst aufgehört haben, reell zu sein und nur noch in traditioneller Convention fortleben; zum Theil auf der historischeren Lage gewisser Schichten der Arbeiterklasse, die ihnen weniger als anderen erlaubt, den Werth ihrer Arbeitskraft zu erretten. Zufällige Umstände spielen dabei eine so große Rolle, daß dieselben Arbeitsarten den Platz wechseln. Wo z. B. die physische Substanz der Arbeiterklasse abgeschwächt und relativ erschöpft ist, wie in allen Ländern entwickelter kapitalistischer Produktion, verkehren sich im Allgemeinen brutale Arbeiten, die viel Muskelkraft erfordern, in höhere, gegenüber viel feineren Arbeiten, die auf die Stufe einfacher Arbeit herabsinken, wie z. B. die Arbeit eines Maurers in England eine viel höhere Stufe einnimmt als die eines Damastwirkers. Uebrigens muß man sich nicht einbilden, daß die sogenannte höhere Arbeit einen quantitativ bedeutenden Umfang in der Nationalarbeit einnimmt. Raing, vor Kurzem noch Schatzkanzler von Indien, rechnet, daß in England die Erfinden von 11 Millionen auf einfacher Arbeit beruht. Nach Abzug einer Million von Aristokraten und einer zweiten Million von total Beamten, Bagabunden, Verbrechern, Prostituirten u. dergl. von den 18 Millionen der Bevölkerungszahl zur Zeit seiner Schrift, bleiben 4 Millionen Mittelklasse mit Einschluß kleiner Rentner, Beamten, Schriftsteller, Künstler, Schulmeister etc. Um diese 4 Millionen herauszubekommen, zählt er zum arbeitenden Theil der Mittelklasse, außer Banquiers u. s. w., alle besser bezahlten Fabrikarbeiter. Auch die Maurer fehlen nicht unter den „höheren Arbeitern.“

Wir haben an dem Beispiele der Anhalter Bahn gezeigt, in welcher Weise die Ausbeutungsrate bei jedem einzelnen Geschäft berechnet werden muß; könnte man den Gesamtertrag aller in einem Lande gezahlten Löhne, Gehalte u. dergl. dem dazugehörigen arbeitslosen Einkommen gegenüberstellen, so ließe sich mit Sicherheit die Ausbeutungsrate erkennen, und man würde durch den Vergleich verschiedener Länder finden, daß Vermehrung des Capitals zwar meist ein Sinken des Zinsfußes, aber auch ein gleichzeitiges Steigen der Ausbeutungsrate zur Folge hat.

Wir haben nur in den von Dudley Baxter veröffentlichten Zahlen ein derart brauchbares Material. Danach zerfällt das 800 Millionen Pfund Sterlinge (A 20 Mark) betragende Einkommen Englands in 300 Millionen Pfund Arbeitslöhne und in 500 Millionen Pfund Besitzrente, die Ausbeutungsrate zeigt sich also in dem Verhältnis 3 : 5, d. h. für den Werth, den die Arbeiter in 3 Stunden produzieren, müssen sie 3 + 5 = 8 Stunden arbeiten!

Durch welche gesellschaftlichen Verhältnisse die Ausbeutungsrate gesteigert wird, werden wir später zu zeigen haben; aus dem bisher Gesagten geht aber doch schon unwiderleglich hervor, daß der

Profit der Unternehmer und Capitalisten, die Profitrate des Capitalists nur durch Verlängerung der unbezahlten Arbeit vergrößert werden kann!

Und das nennt man „Harmonie der Interessen von Capital und Arbeit“!

## Protokoll über den Congreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei

(Eisenacher Programm)

zu Gotha, Kaltwassers Restaurant.

(Fortsetzung.)

Was die Stellung des Ausschusses gegenüber den Localblättern betrifft, sei hier bemerkt, daß der Ausschuss von dem Rechte, welches ihm der vorjährige Parteicongreß gab und wonach seine Zustimmung zur Gründung neuer Parteiblätter notwendig ist, dreimal Gebrauch machte, und zwar das erstmal gegenüber unseren Parteigenossen in Waldheim. Der Ausschuss konnte nicht die Ueberzeugung gewinnen, daß in Waldheim, wo, nebenbei bemerkt, die Partei-Bewegung in Folge persönlicher Reibereien unter den dortigen Genossen sehr gelitten hat, genügend Boden für die Existenz eines Localblattes sei. Die dortigen Genossen gaben sich auch mit den Ausführungen des Ausschusses zufrieden, und bedurfte es weiterer Maßnahmen Seitens desselben nicht.

Einen ähnlichen Verlauf nahm der Plan, in Apolda für Thüringen, und in Köln für die Rheinlande ein Partei-Localblatt zu gründen.

Der Ausschuss ist sich bewußt, bei allen seinen Handlungen nur das Beste der Partei im Auge gehabt zu haben, und war es sein stetes Bestreben, Allen und Jedem möglichst gerecht zu werden. Das dies sein Streben auch gerechte Würdigung fand, trodtem wir manchem Wunsch entschieden entgegenstehen, möge die Thatsache beweisen, daß bei der Controlcommission nicht eine und bekannt gewordene Beschwerde über den Ausschuss und dessen Geschäftsführung eingelaufen ist.

Schiedsgerichte zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Parteigenossen mußten 4 Mal gebildet werden und zwar für Constanz, Mainz, Stade und Plauen.

Auf Antrag des Parteigenossen Kettel in Apolda wurde W. Schulze aus Rudolstadt aus der Partei ausgeschlossen, und auf seinen Protest hin vor den diesjährigen Parteicongreß verwiesen. Zum Schluß sei noch gestattet, auf einen Uebelstand hinzuweisen, der sich manchmal recht drückend fühlbar macht. Es ist dies die Gewohnheit vieler Vertrauensmänner, an den Partei-Ausschuss möglichst selten und wenig zu schreiben. Durch ein solches Verhalten ist der Ausschuss oft nicht in der Lage, mit Bestimmtheit behaupten zu können, ob diese oder jene Adresse noch richtig, und kann er sich von dem Stande der Bewegung an einzelnen Orten nicht genügend unterrichten. Will man, daß die Partei-Verhölde voll und ganz ihre Pflicht erfüllen, so müssen auch die einzelnen Genossen und vor allem die Vertrauensmänner, welche ein so wichtiges Glied in der Partei-Organisation bilden, sich ihrer Pflicht bewußt sein und durch einen regen und regelmäßigen Verkehr mit der Parteibehörde letztere von den Vorgängen an den einzelnen Orten in Kenntniß setzen, damit entsprechende Maßregeln getroffen und den localen Bedürfnissen mehr Rechnung getragen werden kann.

Ueber das große Ereigniß innerhalb der deutschen Arbeiter-Bewegung, die nun thatsächlich stattgefundenen Vereinigung der beiden sozialistischen Fractionen, bedarf es hier, nachdem der Einigungs-Congreß hinter uns liegt, wohl nicht mehr vieler Worte. Es ist dies die größte Errungenschaft, welche die deutsche Arbeiter zu verzeichnen haben, und haben wir nur den einen Wunsch, daß das Band, welches in diesen Tagen geknüpft wurde, sich dauernd und unauflöslich bewahren möge, zum Schrecken der Gegner und zum Heile unserer gemeinsamen Sache.

Indem wir Sie noch einmal auf die Ihnen vorliegenden Abrechnungen der Parteikasse, sowie der beiden im Besitze der Partei befindlichen Partei-Organen „Volkstaat“ und „Münchberg-Fürther Sozialdemokrat“, verweisen, fügen wir noch bei, daß letzteres Blatt seit Anfang des 4. Quartals 1874 3 Mal wöchentlich erscheint und zwar, wie die Abrechnung ergibt, mit bestem Erfolg.

Hierauf nimmt Fischer (Coburg) das Wort, um Namens der Control-Commission Bericht zu erstatten. Die einzige und wichtigste Frage, welche derselben zur Beachtung vorgelegen habe, sei die Frage der Einigung der beiden jetzt hier in Gotha durch ihre Vertreter versammelten Arbeiter-Parteien gewesen. Mit Freuden habe die Control-Commission diesen Vorschlag begrüßt und nach reiflicher Erwägung sich für die Vereinigung ausgesprochen, allerdings mit der Bedingung, daß in prinzipieller Beziehung unser Standpunkt nicht verletzt werde. — Die vorgenommenen Prüfungen der Kassendücker hätten ergeben, daß die Führung derselben eine musterhafte war, und müsse die Control-Commission dem Kassirer Vennede ihre Anerkennung dafür ansprechen. Zum Schluß könne er die freudige Mittheilung machen, daß die C.-C. mit persönlichen und anderen Streiffragen in diesem Jahre nicht, wie es früher der Fall gewesen, behelligt worden sei.

Zum Ausschussbericht erhält Schumacher (Köln) das Wort. Derselbe bespricht sich über die Thätigkeit des Ausschusses bei den Unterhandlungen behufs Gründung eines Blattes in Köln. Die Verhältnisse seien dort andere als an vielen anderen Orten, und der Ausschuss habe, da Mißverständnisse in manchen Punkten obgewaltet, verschiedenen Personen Unrecht gethan. Nachdem das Unternehmen unsererseits unterblieben, hätten jetzt die Ultramontanen ein Blatt herausgegeben, in welchem sie die sozialistische Fahne ebenfalls herausgesteckt hätten; es müsse deshalb unsererseits umso mehr ein Blatt gegründet werden, welchen Gedanken die Kölner Parteigenossen auch noch nicht ausgesprochen hätten. Zum Schluß stellt Kettel den Antrag: „den Paffus, welcher von den Verhandlungen zwischen dem Ausschuss und den Kölner Parteigenossen zum Zweck der Gründung eines Localblattes in Köln handelt, aus dem Ausschussbericht zu streichen.“

Kettel erklärt, daß der Ausschuss damit einverstanden sei. Vebel glaubt nicht, daß die Kölner Grund hätten, sich verletzt zu fühlen durch das, was in dem Ausschussbericht stehe.

Schumacher ist für Streichung des Paffus; die Sache sei nicht ausführlich genug berichtet, um Irrthümer zu vermeiden.

Schumacher: Theils durch die Nichtbeschaffung des nöthigen Geldes, andererseits aber auch durch die Verhandlungen mit dem Ausschuss unterblieb das Unternehmen. Die Kölner Verhältnisse lägen so eigenthümlich, daß wir hier das nicht beurtheilen könnten. Bleibe der Paffus stehen, so mache derselbe unbedingt böses Blut unter den Kölner Parteigenossen.

Hierauf wird der Antrag Schumacher's „den Paffus zu streichen“ angenommen.

Ulrich (Offenbach) berichtet über das Eingehen der Mainzer

„Süddeutschen Volksstimme“: Wenn er auch nicht die Absicht habe, Jemand zu nahe zu treten, so müsse er doch erklären, daß das Eingehen der „Süddeutschen Volksstimme“ hätte verhindert werden können, wenn nicht durch den Brief Liebknecht's und die zuvorkommende Haltung der Mainzer Parteigenossen, wovon die Offenbacher gewarnt hätten, die Herren Stürz, Häuser und Müller aufgemuntert worden wären zu ihren nachher verübten, die allgemeine Sache und das Bestehen des Blattes gefährdenden Handlungen und Untrieben. Die Offenbacher Parteigenossen hätten verlangt, die Herren Stürz, Häuser und Müller sollten erst in die Partei eintreten, ehe man sich mit ihnen in irgend welche gemeinsame Unternehmungen einlasse, weil sie (die Offenbacher) wüßten, daß den Herren in solchen Dingen nicht viel zuzutrauen sei. Redner verlangt am Schluß von dem Partei-Congreß, derselbe möge dahin wirken, daß die Parteibehörden künftighin mehr Gewicht auf die Meinungen der Mitglieder am Orte legen, wenn es sich um streitige Fälle handelt.

Liebknecht protestirt dagegen, daß er mit seinem Brief an Stürz einen Fehler begangen haben sollte. Stürz habe an ihn geschrieben und ihn gebeten, einen Redacteur für die „Offenbacher Zeitung“ vorzuschlagen. Er (Liebknecht) habe Bloß empfohlen und Stürz an unsere Parteigenossen in Offenbach, Mainz u. c. gewiesen. Das sei durchaus correct gewesen und er würde in einem ähnlichen Falle wieder genau so handeln wie er damals gehandelt. Daß die Offenbacher, Mainzer und Frankfurter Parteigenossen sich nicht hätten einigen können, sei nicht seine Schuld.

Bloß constatirt, daß die Stürzianer auch ihm gegenüber pater peccavi gesagt. Die Leute seien äußerst uncool. Durch die Annection der Maschine sei namentlich der Zwiespalt und die Zerschlagung des Zeitungs-Unternehmens herbeigeführt worden.

Hiermit ist diese Sache erledigt und werden die Verhandlungen vertagt.

Die Fortsetzung der Verhandlungen fand am Donnerstag Vormittag statt.

Das früher in Mainz ausgeschlossene Parteimitglied J. M. Hirsch, welches von Wiesbaden aus nach dem Allgemeinen Congreß gefandt und auf Beschwörung durch Fuchs zugelassen worden ist, beantragt beim Ausschuss, daß es wieder in dem Mainz benachbarten Gartenfeld Mitglied werden könne.

Nachdem durch verschiedene Redner constatirt, daß die Streitigkeiten, in Folge deren Hirsch ausgeschlossen worden, und ihm in Mainz der Wiedereintritt verweigert wird, nur persönlicher Natur seien, und nachdem der Mainzer Vertreter erklärt, daß die Mitglieder dort nichts einzuwenden hätten, wenn Hirsch in Gartenfeld Mitglied würde, wird der Antrag Geib's,

„J. M. Hirsch zu gestatten, in Gartenfeld Mitglied werden zu dürfen“ angenommen.

Die zweite Angelegenheit betrifft das Parteimitglied Schulze aus Rudolstadt. Die Mitglieder zu Pögned, wo Schulze Mitglied war, weil eine Mitgliedschaft in Rudolstadt sich nicht befindet, beantragen:

„die Zurücknahme des durch den Ausschuss erfolgten Ausschlusses Schulze's.“

Die Angelegenheit ist eine geschäftlich-persönliche zwischen Kettel in Apolda und Schulze aus Rudolstadt, und wird beschlossen: die Ausschließung Schulze's so lange bestehen zu lassen, bis der gegen ihn von Kettel angestregte Proceß entschieden ist. Wird Schulze vom Gericht freigesprochen, so soll seine Wiederaufnahme der Entscheidung eines Ehrengerichtes unterstellt werden.

(Schluß folgt.)

## Politische Uebersicht.

— Werbungen im neuen deutschen Reich. Du wirst erstaunen, lieber Leser, von Werbungen im Reich der Bismarcke, Falk, Stieber, Wagener u. Comp., dem Reich der Gottesfürcht und frommen Sitze, zu hören, besonders, da in demselben nach dem Reichs-Militärgezet vom 2. Mai 1874, und dem § 1 des Gesetzes vom 9. November 1867 jeder Deutsche wehrpflichtig ist und sich in Ausübung dieser Pflicht nicht vertreten lassen kann. Ausnahmen gestattet allerdings das letztere Gesetz, und zwar in Hinsicht der Mitglieder der regierenden und der mediatisirten, vormalig reichsfürstlichen und derjenigen Häuser, welchen die Befreiung von der Wehrpflicht durch Verträge zugesichert ist, oder auf Grund besonderer Rechtstitel zusteht. Von Werbungen zu Soldaten ist jedoch in beiden Gesetzen keine Rede, denn man hat ja auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht deren Übergang. Wohl aber ist auf einem anderen Gebiete ein empfindlicher Mangel eingetreten, dem die Königl. Preussische Regierung, da bei dem von ihr gezahlten Hungerlohn sich Keiner mehr zu dieser edlen Beschäftigung herzugeben Lust hat, durch Werbung abhelfen will. Das erwähnte Gebiet ist die Volksschule, der jetzt Hunderte von Lehrern, und unter diesen gerade die tüchtigsten, den Rücken lehnen und andere Beschäftigungen ergreifen, da sie auf den jämmerlich schlecht dotirten Schulstellen mit ihren Familien, bei ihrem kärglichen Einkommen, welches zum Berhungern zu groß, zum Sattessen zu klein ist, nicht mehr existiren können. Um nun anfer den seit lange unbefestigten auch diese leer gewordenen Stellen wieder zu besetzen, ist der große Molke des Culturkampfes, Herr Cultusminister Dr. Falk, auf den wirklich „genialen“ Gedanken gekommen — denn wir werden ja nur von „großen“ und „genialen“ Staatsmännern regiert —, junge Leute zu Präparanden anzuwerben, welche gleichsam die Rekruten sind, mit denen, wenn sie erst eingedrillt sind, bereinst die vakanten Lehrstellen besetzt werden sollen. Damit sich jedoch recht Viele zur Erlernung der edlen Lehrkunst melden, hat man den jungen Leuten einen Köder hingeworfen und erhalten dieselben von der Regierung monatlich 9 Mark — sage neun Reichsmark — als sogenannte Beihilfe oder Unterstützung, und werden von einem Lehrer, der natürlich dafür ebenfalls ein angemessenes Honorar erhält, zum Aufnahme-Examen in's Seminar vorbereitet.

Wie es aber mit dem Examen im Lande Preußen aussieht, wird wohl Jedem klar sein, der einmal einen Blick in die Zeitungen geworfen und die zahlreichen Annoncen von Instituten gelesen hat, in denen die Bourgeoisöhnen zum Fährdricks-, Ceclabetten-, Einjährig-Freiwilligen-Examen u. c. in wenigen Monaten, d. h. mit Dampf ausgebildet werden sollen. Ebenso wird es jetzt voraussichtlich mit den Präparanden-Anstalten geschehen; denn um dem überall immer fühlbarer werdenden Mangel an Lehrern entgegen zu treten, wird man die Ausbildung der jungen Leute zu ihrem künftigen Beruf nicht allein so viel als möglich beschleunigen, sondern auch die Anforderungen an sie auf ein Minimum herabsetzen müssen, damit sie unter allen Umständen das Examen bestehen. Was für Leute sich unter diesen Verhältnissen zu Präparanden melden, kann sich Jeder leicht denken, und geht schon aus dem Umstande zur Genüge hervor, daß es meistens 15-

bis 16jährige Jungen, und fast ohne Ausnahme: Söhne armer Tagelöhner und Instleute sind, die zu einer andern Beschäftigung keine Lust haben, und denen durchgängig, da sie nur die wirklich lebende Volksschule besucht haben, die einem Volksschullehrer durchaus notwendige wissenschaftliche Bildung fehlt. Welche Zukunft aber unter diesen Umständen der Volksschule in Preußen besorcht, und daß an deren gründliche Umgestaltung höchstens auch nicht im Entferntesten gedacht wird, geht gewiß unzweideutig schon daraus zur Genüge hervor, daß Leute dieses Schlages dereinst die Wilsoner des preussischen Volkes sein sollen, und werden wir ja bald genug die Früchte ihrer pädagogischen Thätigkeit kennen lernen.

Sehen wir uns aber die Sache von der finanziellen Seite an, so müssen wir unwillkürlich die Sparfamkeit der preussischen Regierung, namentlich des Cultusministeriums, welchem wahrscheinlich Herr Camphausen dazu das Rezept gegeben hat, bewundern. In Preußen erhält jetzt jeder gemeine Soldat, neben freier Bekleidung, Wohnung in der Kaserne oder im Bürgerquartier und Brod, 35 Pfennige Löhnung, wozu noch außerdem ein nach der Größe des Garnison-Ortes variirender Verpflegungs-Zuschuß tritt. Dagegen erhält der künftige Volksschullehrer, wahrscheinlich damit er so früh als möglich an die mit seinem Stande leider unrentabel verbundenen Entbehrungen sich gewöhnen lerne, nur 30 Pf. sage 30 Pfennige pro Tag, von denen er sich bei den heutigen Lebensmittelpreisen unmöglich die zum Unterhalt nöthigen Bedürfnisse, namentlich aber nicht die zu seiner Bildung nöthigen Bücher anschaffen kann, daher gezwungen ist, die Unterstützung seiner ohnehin armen Eltern in Anspruch zu nehmen. Mag daher der angehende Lehrer sich schon von der Pike auf an das ihn erwartende Hungerleben gewöhnen und sich mit dem Bewußtsein auf seinen künftigen Beruf, in dem ihn keine Freuden, wohl aber Sorge und Elend in Fülle erwarten, vorbereiten. Genügend bekannt ist ja, daß der größte Theil unserer, natürlich sehr „liberalen“, Abgeordneten der Ueberzeugung lebt, „es sei durch die neuesten Gehalts- und Alterszulagen sehr viel für die Lehrer geschehen, und es könne jetzt bald mit den Gehalts-Verbesserungen ein Abschluß gemacht werden.“ Dies sind die Worte, die auf der letzten schlesischen Provinzial-Lehrerversammlung Herr Kiesel, gegenwärtig der einzige Volksschullehrer im Abgeordnetenhaus, gesprochen hat, und hiernach mögen sich auch die angehenden Lehrer richten.

Bei dieser Gelegenheit haben wir Herrn Kiesel gegenüber eine Pflicht der Gerechtigkeit zu erfüllen. In Nr. 65 d. Bl. veröffentlichte wir eine Correspondenz des „Westpreussischen Volksblattes“ und knüpfen daran einige scharfe Bemerkungen über Herrn Kiesel, dessen in jener Correspondenz mitgetheilte Aeußerung wir als einen Frevel an seinem eigenen Stand ansahen. Anlässlich dieser, unserer Bemerkungen schreibt uns Herr Kiesel: „Herborn, 15. Juni 1875. Ew. Wohlgeboren veröffentlichten in Nr. 65 des von Ihnen redigirten „Volksblatt“ eine Correspondenz des „Westpreussischen Volksblattes“ und knüpfen daran einige Bemerkungen, für die ich wohl Genugthuung verlangen könnte, die aber andererseits so unlogisch(?) und so roher(?) Natur sind, daß ich es nicht der Mühe werth und auch unter meiner Würde halte, darauf näher einzugehen. Erlauben Sie mir nur in Bezug auf die Sache dies eine Wort: Es ist richtig, daß ich auf der letzten schlesischen Provinzial-Lehrerversammlung jene Aeußerung gethan, doch hätten Sie die Güte gehabt und den vollständigen Bericht über mein Referat in jener Versammlung gelesen, so würden Sie sofort gesehen haben, daß ich die Ueberzeugung, welche nach meinem Dafürhalten ein großer Theil der Abgeordneten hinsichtlich unserer Besoldungsverhältnisse hat, nicht theile. Geradezu unerfindlich ist es mir, wie Sie Grund dessen, daß ich ausspreche, wie nach meiner Meinung die Stimmung eines Theiles der Abgeordneten ist, zu dem Schluß gelangen, ich selbst theile diese Ansicht. Wenn Sie dann durchaus wissen wollen, wie ich zu der Sache meiner Kollegen stehe, dann bin ich ganz gern bereit, Ihnen den Nachweis zu liefern, daß ich allezeit gethan, was ich vermochte, um unsere Verhältnisse zu bessern, und daß dies meine Kollegen auch allezeit anerkannt haben. Daß ich als einziger Volksschullehrer in der Volksvertretung immerhin nur einen geringen Einfluß ausüben kann, wird jeder Verständige begreifen, Niemand wünscht schärlicher als ich, daß es anders und besser wäre. Ew. Wohlgeboren ergebener F. Kiesel.“

— Bescheidenheit ist eine Zier, doch — besser lebt man ohne ihr! — Ueber eine ungewöhnliche Schul-Revision entnehmen wir der „Posener Zeitung“ folgende derselben aus Bromberg zugegangene wirklich interessante Mittheilung, die nur zu sehr geeignet ist, die Lachmuskeln unserer Leser in Bewegung zu setzen, zugleich aber auch die Annäherung, Dünkelhaftigkeit und Bevormundungssucht preussischer Beamten trefflich illustriert.

Zu Anfang des Monats Mai d. J. revidirte der Regierungs-Präsident v. Weyhern in Begleitung der Regierungs-Schulräthe Jung, Knaß und Otto aus Bromberg, sowie des Landraths v. Dergen von daselbst, die ländlichen Schulen der Umgegend. Die Revision war eine äußerst eingehende, indem sie sich nicht bloß auf die Thätigkeit des Lehrers bezüglich seines Unterrichts u. c. beschränkte, sondern sich auch auf das Aeußerliche und sogar auf Nebendinge erstreckte. So wurde in einer Nachbarschule auch die Bohnung des Lehrers einer Revision unterzogen und hierbei gerügt, daß hinter dem Ofen Papier und Lappen lagen. Auf dem Tische bemerkte der Herr Präsident einen Damenhut. Auf seine Frage, wem derselbe gehöre, und die darauf ertheilte Antwort: einer der Töchter des Lehrers, mißbilligte er, daß Lehrertöchter solche Hüte tragen. Der Herr Regierungs-Präsident erlaubte sich nun weiter, wo seine — des Lehrers — Töchter seien, und als er die Antwort erhielt: in Bromberg, wo sie näher lernen, schien er dies ebenfalls zu mißbilligen, denn er fragte den Lehrer, denn ob dieser außergewöhnlichen Revision schon ganz warm geworden war, warum er seine Töchter nicht lieber in den Dienst schickte? Das war dem ehrlichen Schulmeister, der in seinem Fache ganz tüchtig ist, trodtem er gegen 200 Kinder zu unterrichten hat, und der, nebenbei gesagt, Privatvermögen besitzt und ziemlich gut stüirt ist, doch zu viel, — er kam aber nicht zum Antworten, es übernahm dies seine Ehefrau, welche in der Nebenstube diesen Theil der Schul-Revision mit angehört hatte. Mein Gewährsmann theilte mir die Antwort nicht mit, aber sie soll so gut gewesen sein, daß der Herr Revisor nicht mehr zu wissen verlangte. —

Ein weiterer Commentar zu dieser wirklich ergötzlichen Geschichte, die nur die ungeheure Heiterkeit zu erregen im Stande ist, erscheint wahrlich überflüssig und können wir nur unsere aufrichtige Freude darüber aussprechen, daß die brave Lehrerin dem Herrn Regierungs-Präsidenten, sowie den übrigen hohen Herren den Standpunkt einmal klar machte und sie in die Grenzen ihrer Befugnisse zurückwies. Mögen sich daran die Männer ein Beispiel nehmen und die Worte des römischen Geschichtschreibers Tacitus beherzigen: „Nicht die Tyrannen sind es, welche

die Böcker zu Sklaven machen, sondern die freiwillig zu Sklaven sich erniedrigenden Böcker machen die Tyrannen." —

— Zur Kohlestatistik. Nummer 1. Die „Leipziger Nachrichten“ schreiben:

„Ein peinlicher Vorfall ereignete sich am gestrigen Vormittag (5. Juli) zwischen 10 und 11 Uhr auf dem Exercierplatz bei Gohlis (Leipzig). Dasselbst übten sich Abtheilungen des dritten Bataillons der 107er im Felddienst, und hatte dieses interessante militärische Schauspiel wie immer zahlreiche Neugierige am Wege versammelt. Für einen solchen schien der kommandirende Hauptmann auch einen in Civilkleidung befindlichen Mann zu halten, der plötzlich über den Platz schritt und sich an einen dastehenden Sergeanten mit der Frage wandte, wo er zum Landwehrbureau, welches in den nahen Baracken aufgeschlagen ist, gelangen könne. Kaum hatte der Fragesteller — wie wir hören ein beurlaubter preussischer Soldat — den erforderlichen Bescheid erhalten, als der oben erwähnte berittene Hauptmann im schnellsten Galopp herangesprengt kam, den Mann heftig anfuhr und ohne Weiteres niederritt. Von Blut überströmt, wurde der Unglückliche von zwei Soldaten aufgehoben und in die Baracken getragen, wohin sich zuvor der Herr Hauptmann, von den lauten Bemerkungen der aufgeregten Zuschauermenge verfolgt, zurückgezogen hatte. Man darf sich wohl versichert halten, daß von Seiten der Militärbehörde, welcher Anzeige erstattet worden ist, das Vorkommniß zum Gegenstande eingehender Untersuchung gemacht wird.“

Schon möglich, daß die Sache „eingehend“ untersucht wird, dabei wird es aber auch sein Bemerkendes haben, hatte doch die bürgerliche „Canaille“ auf dem geheiligten Boden des Exercierplatzes nicht zu suchen.

Nummer 2. Das „Grimmaische Wochenblatt“ berichtet aus Grimma:

„Am 30. Juni machten sich zwei Herren, der eine in Civilkleidung, der andere in der Uniform eines Landwehrofficiers, das Vergnügen, aus den Fenstern eines in der Klosterstraße gelegenen Hauses nach den gegenüberliegenden Gebäuden zu schießen. Nachdem etwa zehn solcher Schüsse, die die Umwohnenden in nicht geringe Aufregung versetzten, erfolgt waren, und nachdem auch eine Kugel durch ein Fenster im Knabenstuhlgelände in ein Schutzzimmer gedrungen und in der gegenüberliegenden Wand desselben stecken geblieben war, trieben die Herren ihren Uebermuth soweit, daß sie nach einer vorübergehenden Militärperson schossen und diese auch am Bein verarzt verletzten, daß das Blut sofort aus der Wunde strömte.“

Natürlich sind die beiden schiefelustigen Gesellen sofort verhaftet und harrten nun einer exemplarischen Bestrafung — so werden unsere Leser vielleicht denken. Fehlgelassen! Der Stadtrath von Grimma „soll“, so wird weiter berichtet, sich begnügt haben, den rohen Burken eine Selbststrafe aufzuerlegen. „Ob ein gerichtliches Verfahren noch eingeleitet wird, steht dahin.“ Wie haben wir's doch „so herrlich weit gebracht!“

— Zur Illustration des Bildungsgrades und der Ehrlichkeit der sog. höheren Stände entnehmen wir einer Wiener Correspondenz der „Bösischen Zeitung“ das Folgende: Dieser Tage fand die Generalversammlung der ungarischen Ostbahn statt, bei welcher Szenen vorliefen, die in den Annalen aller Versammlungen nur sehr wenige ihresgleichen finden werden. Ein Redner erklärte das Vorgehen des andern für eine Nichtswürdigkeit. Der Angegriffene verlangt, daß dieser Ausdruck zurückgenommen werde, was entschieden verweigert wird. Tumult, ein ungeheurer Spektakel, ein Schimpfen gegeneinander und ein wildes Toben wie unter Tagelöhnern. (Hohol! „Tagelöhner“ pflegen sich anständig zu benehmen. R. v. B.) Als der Kärm sich einigermaßen legt, polemisiert der Revisor gegen die Anschuldigungen der Actionäre und kommt zu dem Schlusse: „Wie der Schein ist, so denkt er.“ Hierauf spricht ein Actionär und wettet gegen den Verwaltungsrath, welcher aus „Banditen im Frack“ bestehe und ärger gelaunt habe als der Räuber Sandor. Man kann sich denken, was auf diesen schmeichelhaften Vergleich folgte. Der Präsident und der Verwaltungsrath und die Actionäre, Alles wüthete durcheinander. Man weiß sich nicht anders zu helfen, als die Generalversammlung zu unterbrechen. Nach drei Stunden sind die erhitzen Köpfe wieder einigermaßen beruhigt. Ein börsischer Actionär erhält das Wort und bemerkt, daß die sehr geschädigten deutschen Actionäre unter Umständen ihre Rechte durch Vermittelung der deutschen Reichsregierung geltend machen würden. Hierzu sagt ein Redner, der Vater der Ostbahn, Waring, könne nicht geklagt werden. Auf ihn müsse das Wort angewendet werden: „Wo nichts ist, da hat der Kaiser sein Recht verloren.“ Die Mutter des illegitimen Kindes sei die Anglo-Bank gewesen, welche gern Ordnung machen würde, da ihr jede Verührung mit den Behörden ohnedies unangenehm sei. Bei diesem köstlichen Gesandniß bricht Feind und Freund in Lachen aus. Der Redner fährt fort: „Die Lauspathen der Ostbahn waren alle Verwaltungsräthe, nur fand diesmal das umgekehrte Verhältnis statt, daß die Lauspathen vom Täusling besetzt wurden.“ Da springen die Verwaltungsräthe auf den Redner zu und schreien: „Sie lügen“, „niederträchtig“, „gemein“, „selbst Betrüger“, u. s. w. Derselbe stand jedoch ganz ruhig da, bis sich die unbeschreiblich wilde Scene, bei der die scandaloösesten Beschimpfungen nach allen Seiten herumschlugen, endlich einigermaßen legte. Dann aber erst bejaugte der Präsident selbst den Vortragenden der Unwahrheit, andere Verwaltungsräthe nannten ihn „unverschämte“ und hielten ihm vor, daß er sowohl bei der Anglo-Bank, wie bei vielen anderen Gründungen „Vertheiligungen eingefacht“ habe, und daß es einem solchen Herrn wohl nicht zukomme, Vorschläge zu machen, wer geklagt werden solle. Trotz aller Tumulte vergaß die Generalversammlung nicht, die Präsenzmarke mit 20 Gulden festzusetzen. Die ungarische Ostbahn selbst aber steht trotz dieser stürmischen Versammlung noch immer auf ihrem alten Standpunkte, und die endliche Austragung dieser denkwürdigen Affaire dürfte vor dem Criminalrichter stattfinden. (Oder auch nicht. Gründer schlägt sich, Gründer vertritt sich. R. v. B.)

— Zur Arbeiterbewegung in Nordamerika. Der von den Bourgeoiszeitungen schon zu wiederholten Malen todtegestrige Strike der Kohlenarbeiter in Pennsylvanien war bis zum 12. Juni noch nicht beendet und wird, allem Anschein nach, auch so bald nicht zum Abschluß kommen, wie aus dem nachfolgenden Briefe, welchen der Newyorker Sozialdemokrat vom 20. Juni enthält, zu entnehmen ist. Der Brief kommt von der deutschen Union der Kohlenminers und ist an die Exekutive (den Vorstand der Union — Gewerkschaft) gerichtet. Er lautet:

„Payleton, (Pennsylvania) Juni 12, 1875.  
Meine Herren!

Sie wollen wissen, wie es mit uns hier steht? Auf diese Frage können wir Ihnen genügend Auskunft ertheilen. Es ist

bereits der sechste Monat, daß wir außer Arbeit sind. Niemand kann sagen, wann die Arbeit wieder anfängt. Die Operatoren wollen nicht nachgeben und wir können es nicht, da wir weder eine Arbeitseinstellung noch eine Lohnerhöhung gewollt haben. Wir wünschten nur unseren alten Lohn, wie er voriges Jahr war, zurückzuerhalten. Dieses Verlangen war kein unbilliges. Die Arbeit ist schwer und hart. Fast jeden Augenblick haben wir unser Leben zu riskiren. Wenn die Minenarbeit im vollen Gange ist, kann nicht mehr als höchstens 4 Tage in der Woche gearbeitet werden. Außerdem ist unser Lohn dem Schwanken der Marktpreise so wie so unterworfen. Wenn die Tonne Kohlen im Markt um 1.00 Doll. fällt, fällt unser Lohn auf 12½ Cents per Tonne. Unser Lohn war niedrig genug im Jahre 1874, namentlich wenn man berücksichtigt die wenige Zeit, in der wir stetig Arbeit hatten. Der Minen sind gar viele und beinahe jeden Tag wird an mehreren gearbeitet. Bedenkt man noch, daß ein Mann nicht für sich allein arbeitet, sondern auch seine Familie durchzuschlagen hat, und daß Niemand da ist, der für dieselbe sorgt, wenn man bei der Arbeit zum Krüppel wird, oder gar sein Leben und seine Gesundheit einbüßt, so wird uns Keiner Unrecht geben des verweilten Schrittes wegen, den wir gethan haben. Aber was kümmert alles Dieses die Operatoren, wenn sie nur im Ueberflusse schwelgen können. Sie sind mehr um einen Esel besorgt, als um einen Arbeiter, wenn sie ein Stück Vieh verlieren, müssen sie Geld hergeben, ein neues zu kaufen; Arbeiter bekommen sie umsonst, wenn sie nur die Futterkosten bezahlen. Doch was soll ich Ihnen all die Leiden vorzählen? Auch ist es nicht notwendig, Ihnen zu sagen, daß wir in den meisten Zeitungen absichtlich verläumdert werden, damit die andern Arbeiter uns nicht länger unterstützen sollen, damit wir durch Hunger gezwungen werden und zu unterwerfen. Hülfe thut uns Allen noth, je schneller, je besser. Wenn Sie uns noch ferner unterstützen wollen, so erwerben Sie sich den Dank der armen, bedauernswerthen Kohlenarbeiter.

Ihr Freund  
W. S. . . . ., Sekr. der G. (erman) B. (ranch)  
[d. h. des deutschen Zweigs].

— In Bezug auf Siffey wird uns mitgetheilt:

„Siffey hat auf das Bestimmteste erklärt, daß die Behauptung, er habe sich reuig gezeigt und um Gnade gebeten, vollständig aus der Luft gegriffen sei. Er habe allerdings ein Gesuch an die Behörden gerichtet, aber nur zu dem Zweck, seine Haft in Eisenach verbüßen zu können. Sobald er in Freiheit komme, werde er sich vertheidigen.“ Soweit unser Gewährsmann. Es scheint also, daß wir es hier wieder mit einem Mißbrauch des Amtsgeheimnisses in verleumderischer Absicht zu thun haben — ähnlich wie in der bekannten Affaire des Liebknecht'schen Briefs an Siffey. Apropos, Herr Staatsanwalt in Eisenach, wie stehts mit dem Prozeß, den Sie vor drei Viertel Jahren in der betreffenden Angelegenheit eingeleitet sich genöthigt sahen?

### Innere Partei-Angelegenheiten.\*)

Zu Agenten des Vorstandes wurden ferner ernannt für Achim: S. Müller, E. Engelmann; Apolda: E. Kettel, E. A. Reichelt; Baunzen: A. Griete, F. Borch; Bornheim: F. Thomas, M. Fleischmann; Budau: A. Probst, E. Veder; Danzig: R. Schlömp, Schulz; Eimbüttel: E. Rappena, W. Körschner; Emsdorf: E. Joachim, E. Ringel; Ernstthal: G. Grabner, E. Köhler; Flensburg: Th. Leiding, G. P. Specht; Giechheim: B. Weidert, F. Pechstein; Gießen: H. Bauer, G. Zeidler; Glückstadt: E. Böge, F. Blüding; Großsteinheim: F. W. Jäger, G. Braun; Hameln: G. Jacobi; Hannover: H. Rudolph, Lepelt; Heide: A. Geppert, W. Off; Kellinghusen: J. H. Strüven, B. Klett; Langendiebach: J. Fuder, E. F. Biel; Lauenburg: H. Maag, L. Burmeister; Pögnitz: W. Meyel, E. Georgi; Rühlhausen i. Th.: H. Böhlitz, J. Klebig; Münden: G. Dieß, L. Lampel; Niederrad: E. Siebert, W. Gebhard; Oberthausen: R. Ball, J. Danz; Pausa: E. Strobel, H. Pührer; Pfersee: M. Adler, A. Winkler; Pinneberg: A. Loff; Plauitz: F. E. Küchler, E. Weidmann; Potsdam: F. Haburg, E. Littmann; Regensburg: J. Malgersdorfer, M. Reimayr; Rothenburgsort: H. Gadow, P. Westfahl; Sangerhausen: D. Deistung, L. Kettler; Seligenstadt: J. Buntard, J. Andraschky; Stoppenberg: H. Merck, E. Oergen; Tondern: W. Pöy, J. Moriesen; Vegesack: E. Schmaus, B. Albrecht; Wandbeck: J. Rehders, G. Giesede; Weipenlee: A. Gähler, J. Fürsch; Zeig: G. Graul, R. Graul; Zschopau: A. F. Höppner, E. Am Ende; Zeitz: J. Thieme, W. Friedemann; Mülsen St. Micheln: G. Freitag, J. Weber.

Wir bitten, bei neuen Anmeldungen die genauen Adressen beider Agenten anzugeben.

Hamburg, den 10. Juli 1875.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A.:

A. Geib, E. Derossi, große Rosenstraße 36, II.

### Gewerksgenossenschaftliches.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Braunschweig, 13. Juli. In der am Montag, den 12. d., stattgefundenen Hauptversammlung der Gewerkschaft der Holzarbeiter wurde der erste Cassirer Ferd. Meyer als Delegirter zur Generalversammlung nach Leipzig gewählt.

Aug. Brenneck, Bevollmächtigter.

Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts. (Siz Weimar).

Pfersee bei Angsburg, 10. Juli. Hiermit gebe ich bekannt, daß sich die hiesige Mitgliedschaft neu konstituit hat. Als Vertrauensmann wurde Unterzeichneter, als Beitragsammler Joh. Kolbe, Nr. 204, nächst der Sonne und als Controlleur Huldr. Hounegger gewählt. Das Versammlungslokal befindet sich bei Herrn Kangel (vormals Schneider). Die nächste Versammlung findet am 24. Juli statt, und halten wir von da an regelmäßig alle 14 Tage unsere Versammlungen ab. Bestimmungsgenossen, welche agitatorisch zu wirken im Stande sind, bitte ich, hiervon Notiz zu nehmen.

Mit Gruß

Rud. Farrer, Nr. 204, nächst der Sonne.

Langensalza. Während die beiden sozialdemokratischen Fraktionen auf dem Congreß zu Gotha sich geeinigt haben, ist zwischen der Borort-Bewegung und einigen Mitgliedschaften der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter ein unruhiger Streit ausgebrochen, welcher auf Zersplitterung schließen läßt. Um dieser unnützen Streiterei ein Ende zu machen, hält es die hiesige Genossenschaft

\*) Verspätet eingetroffen.

für unbedingt notwendig, daß eine Generalversammlung einberufen wird, um diese Streitfragen zu beschwichtigen. Denn solche Streitereien schaden nicht nur im Innern der Genossenschaft, weil es Mitglieder giebt, die dadurch stutzig und misgelaunisch gemacht werden, sondern es schadet auch in der äußeren Agitation.

Deshalb fordern wir die Borortverwaltung hiermit auf, eine Generalversammlung baldmöglichst anberaumen zu wollen, damit der Schaden endlich geheilt und die Einigkeit wieder hergestellt wird. Die Plauen'schen Mitglieder haben nicht recht gethan, daß sie der einen der beiden streitenden Parteien schmeicheln und die andere mit Vorwürfen überhäufen, denn solches Vorgehen führt nicht zur Einigkeit!

Die Mitglieder zu Braunschweig, Großenhain, Dresden und Angsburg bitten wir, die Generalversammlung durch Delegirte zu beschicken und ihren Standpunkt zu vertreten.

Sämmtliche Genossenschaften Deutschlands aber ersuchen wir dringend, ihr Getauchte ungesäumt abzugeben, damit wir recht bald zum Ziele der Einigkeit gelangen möchten! Laßt uns einig sein, ein einzig Volk von Brüdern!

Den Ort der Generalversammlung zu bestimmen, das überlassen wir der Borortverwaltung. Wenn möglich ein Ort in der Mitte von Deutschland. Mit Brudergruß und Handschlag

J. A.: J. Braun, Vertrauensmann.

### Allgemeiner deutscher Töpferverein.

Biesbaden, 9. Juli. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß für die Hauptkassirer folgende Revisoren gewählt wurden: Frankfurt: Franz Fischer; Darmstadt: Joseph Ranzle; Mainz: Heinrich Ransch. Dieselben haben wenigstens alle Vierteljahre einmal zu revidiren und sich darüber zu verständigen, wann sie die Revisionen vornehmen wollen. Ferner wurden als Bevollmächtigte vorgeschlagen: Biesbaden: Wilhelm Rador, Schachtstraße 15; Hamburg: H. Fald, erster Bevollmächtigter, Sternstraße, Terrasse 27, Etage 14, Hamburg, St. Pauli, A. Barbie, zweiter Bevollmächtigter, und haben dieselbe ihre Bestätigung erhalten. Wiederholt bitten wir die Mitglieder, mit Vorschlägen Bevollmächtigter vorzugehen und nicht so faunselig zu sein, und fordern zugleich die Bevollmächtigten auf, zu berichten, wie viel Protokolle gebraucht werden, damit man sich mit dem Druck darnach richten kann. Die Mitglieder in folgenden Städten werden gebeten, etwas von sich hören oder mir Adressen zukommen zu lassen: Dessau, Magdeburg, Angsburg und Stuttgart. Und wo bleiben denn die Kollegen von Leipzig, Berlin, Frankfurt a. S.? Haben wir doch schon lange die Hoffnung, Euch in unsern Reihen für die Emanzipation der Töpfer eintreten zu sehen. Böjert nicht länger, Euch und mit frischer Kraft anzuschließen, nur dann kann unser Verein erstarken und seine Früchte bringen, wenn Ihr Alle für unser Bestreben eintretet. Alle Correspondenzen sind zu richten an den ersten Vorsitzenden. Die Beiträge sollen nur an den Hauptkassirer Reinhold Bollschweiler, Schwalbacherstraße 11, eingeschickt werden.

Mit kollegialischem Gruß

Joh. Schweis, 1. Vorsitzender, Karlstraße 28.

R. S. Ich bitte die Bevollmächtigten, mir die Berichtslokale mitzutheilen, damit sie veröffentlicht werden können.

### Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Siegen, 9. Juli. Die Urabstimmung über Erhöhung der Wochenbeiträge zum Krankenunterstützungs-Bund hat folgendes Resultat ergeben: Von 270 abgegebenen Stimmen haben 191 für Erhöhung und 79 dagegen gestimmt, dieselbe ist also angenommen. Demnach sind, vom heutigen Tage ab, aufst. 15, 20 Reichspf. pro Woche zu erheben.

Die Kollegen in Barmen haben ein unentgeltliches Arbeitsnachweisbureau errichtet, die Leitung desselben hat Genosse D. Böy, Höhnstraße 9, übernommen. In Siegen ist der Arbeitsnachweis beim Bevollmächtigten P. Weichsel, Tiefenweg D 47, wofelbst auch das Reisegeld ausbezahlt wird.

Mit brüderlichem Gruß

Für den Ausschuß: D. Rertz, Neustadt D 201.

### Allgemeiner Tischler- (Schreiner) Verein.

Berlin, 12. Juli. Berichtigung. In meine Correspondenz vom 6. ds., in Nr. 78 hat sich ein Fehler eingeschlichen. Die Adresse ist falsch. Es muß heißen: Alle Gelder sind an Orthwein (nicht Orthmann) in Osnabrück, Kamp Nr. 50, bei Pille zu senden. W. Ruschan, Alexanderstraße 31.

### Correspondenzen.

Großenhain, den 1. Juli. Die hiesigen Parteigenossen wirken ruhig, aber sicher und mit Erfolg für die Ausbreitung unserer Partei. Den Effect besorgt wie immer die Gegnerschaft und wurde in Betreff der Agitation der Monat Juni für unsere Stadt ein besonders effectvoller. Wir, die wir schon längere Zeit und für die Vereinigung der beiden sozialistischen Fraktionen ausgesprochen, hatten unser Mandat für den Vereinigungscongreß Herrn Heint. Scheu übertragen und wünschten Berichterstattung von unserm Delegirten über den Verlauf des Congresses, die uns auch zugesagt wurde. Zu diesem Zwecke wurde den 6. Juni in Heint's Garten eine Volksversammlung einberufen. Scheu sollte noch den Tag zuvor in einer öffentlichen Arbeiterversammlung über ein wirtschaftliches Thema sprechen, was er jedoch, da seine Zeit auf dem Continent zu gemessen sei, absagte. — Kurz nach der Ankunft Scheu's wurde dem Einberufer der Versammlung ein Beschluß des Stadtraths, daß Scheu in dieser Versammlung nicht sprechen dürfe, da derselbe nach ministerieller Berordnung vom Jahre 1872 landesverwiesen sei, der Versammlung jedoch weiter nichts im Wege stände, durch den überwachenden Beamten behändigt, Scheu selbst, ohne von der Berordnung die geringste Ahnung zu haben, verhaftet und in Begleitung eines Boten der heiligen Hermandad nach Leipzig und von da über die Grenze befördert. Wie schon im „Volksstaat“ zu lesen, war der Vollstrecker dieser Berordnung Herr Bürgermeister Ludwig-Wolf. Bewundernswürdig ist die Kaltblütigkeit des von Ludwig-Wolf unterzeichneten Rathschlusses, daß der Versammlung — auf deren Tagesordnung nur Berichterstattung stand — nichts weiter im Wege stünde, und giebt uns dieselbe einen neuen Beweis von der Kampfesunfähigkeit unser Gegner. Hier gäbe es nun noch eine Frage zu erörtern: ob die Berordnung von Dresden aus geschickt, oder ob sie in Großenhain ausgeschickt wurde? Darüber erlangen wir vielleicht bald Gewißheit. Jedenfalls lag die Absicht zu Grunde, die Versammlung unmöglich zu machen. Man vergleiche dies nun mit dem „Rathschluß“ und kommt dabei, trotz aller an den Tag gelegten Zuversichtlichkeit, auf den Gedanken: Herr Ludwig-Wolf will bei seinen Freunden und Gönnern nicht in Bergeffertheit gerathen. — Um nun dem in einer früheren Versammlung ausgesprochenem Wunsche, Bericht über den Congreß in öffent-

licher Versammlung geben zu lassen", nachzukommen, wurde zum 14. Juni eine Volksversammlung in obgenanntem Local einberufen, zu welcher Herr Wilh. Liebknecht bereitwilligst das Referat übernommen hatte. Die Versammlung war von 6 bis 700 Personen besucht und referierte Liebknecht in stündlicher Rede über den Congreß und das Programm, von welcher wir nur Einiges wiedergeben. Redner sagte, die zu Anfang des Congresses etwas heftigen Debatten hätten der gegnerischen Presse Anlaß gegeben in gewohnter Weise ihren Eifer gegen die Sozialdemokratie zu sprigen. Daran anschließend eine Parallele zwischen dem Reichstag und dem Gothaer Congreß und meinte, auf dem letzteren sei kein Vertreter durch die Majorität mundtot gemacht, niedergelacht, niedergeschrien worden; keinen Abgeordneten sei die geballte Faust vorgehalten und "Haut ihn!" zugerufen worden, auch habe man sich nicht gegenseitig mit solchen - Liebenswürdigkeiten überhäuft, daß nur noch ein ganz kleiner Schritt zu einer regelrechten Prügelei gewesen - alles Dinge, die im Reichstag notorisch vorgekommen seien, und für die er selbst Augen- und Ohrenzeuge sei. So "anständig", wie diese Volkswortreter, hätten sich die Vertreter des arbeitenden Volkes allerdings nicht aufgeführt, und wenn die gegnerische Presse uns das zum Vorwurf mache - nun, über den Anstandsbeginn sei so wenig zu streiten, wie über den Geschmack. Das Einigungsverlangen und Bestreben sei auf dem Congreß durchaus vorherrschend gewesen. Sodann ging Redner auf die Bedeutung des Programms der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands über und erläuterte dasselbe in einer verständlichen, von öfterem Beifall unterbrochenen Weise. Er legte klar, wie dieses Programm auf die Wissenschaft sich stütze, und wie der Sozialismus als Wissenschaft beweise, daß unsere ungerechten Zustände unzeitgemäß seien. Als Partei habe der Sozialismus nun Sorge zu tragen, daß solchen Zuständen ein Ende gemacht werde. Unter den verschiedenen Parteien im Staate bestiehe nun eine, deren Mitglieder sich ebenfalls Sozialisten nennen; es seien dies die sogenannten Kathedersozialisten. Diese hätten sich die Aufgabe gestellt, die Lösung der sozialen Frage nach ihrer Art herbeizuführen, und einige jugendliche Heißsporne hätten die Sache sogar ernsthaft aufgefaßt, doch hätten sie nicht zu hindern vermocht, daß diese ganze Bewegung von der Reaction in's Schlepptau genommen wurde. Es beweise dies schon die Anwesenheit eines Sneyft, Wagener u. Consorten auf den Congressen der Herren Kathedersozialisten, und die Niederlage des Kathedersozialismus auf seinem eigenen letzten Congreß (Kathedersozialist Ludwig-Wolf ist anwesend). Wo an die Lösung von dieser Seite sei nicht zu denken. Die Kathedersozialisten, denen es ernst sei, müßten Sozialisten werden, doch dazu fehle ihnen der Muth oder die Klarheit. Die einzelnen Programmpunkte erfahren eine sehr eingehende und gründliche Erläuterung. Nachdem der Vorsitzende hauptsächlich die Gegner aufgefordert hatte, ihre Meinung auszusprechen, bezw. das Besagte zu widerlegen, welcher Aufforderung natürlich Niemand Folge leistete, gelangte folgende Resolution zur Annahme:

"Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Redners einverstanden und glaubt, demselben am besten ihren Dank zollen zu können, indem sie verspricht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Ausbreitung der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands wirken zu wollen."

Ueber den 2. Punkt der Tagesordnung: Die Thätigkeit des Reichstages, sprach Liebknecht noch eine Stunde, nur die Hauptpunkte berührend. Redner meinte: Wie wenig man gewonnen sei, einer ernsthaften Opposition, wie die sozialistische, ehrlich gegenüberzutreten, beweise, daß man ein Drittel dieser Opponenten für den Reichstag durch Gefängnisstrafen unschädlich gemacht habe. Sodann unterzog der Redner die einzelnen neuen Gesetze, die hauptsächlich den Arbeiterstand betreffen, einer Kritik. Daß durch das Preßgesetz die Freiheit der Presse nicht gefördert werde, bezeuge ein augenblicklich "in Zwickau tagender Zeitungsredacteur-Congreß", verschiedene sozialdemokratische Redactoren haben im Gefängnis daselbst Zeit und Muße über freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift nachzudenken. - Das Haftpflichtgesetz habe nur einen Paragraphen, der einem solchen Gesetz ähnlich sähe und der betreffe die Arbeiter in den seltensten Fällen - nämlich der auf die Eisenbahnen bezügliche Paragraph; es sei ein Klaffendes. - Das Landsturmgesetz bedeute nichts weiter, als eine Verlängerung der Dienstpflicht um zehn Jahre. - Betreffs des Impfwanges erklärte der Redner, im Gegensatz zu vielen seiner Parteigenossen sei er ein Anhänger des Impfs, weil er durch das massenhafte statistische Material, durch welches er sich in England und Deutschland hindurchgearbeitet habe, zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß das Impfen nützlich sei. Prinzipiell sei er darum auch für den Impfwang, aus denselben Gründen, wie für den Schulzwang. Trotzdem würde er im Reichstag gegen den Impfwang gestimmt haben, weil die Masse der Bevölkerung in der Impfsfrage nicht klar sei, und man dem Volk kein Gesetz aufzwingen dürfe, das von Millionen für schädlich, ja geradezu mörderisch gehalten würde. Es sei notwendig, daß das statistische Material erst dem ganzen Volke zugänglich gemacht werde, damit es sich von der Nützlichkeit eines derartigen Gesetzes überzeuge; einen Antrag in diesem Sinn würde er gestellt haben, und, wenn möglich, noch stellen. - Auch außerhalb der Partei hat die Versammlung einen günstigen Eindruck hinterlassen. Vom hiesigen "Anzeigblatt" wurde sie lobt geschwiegen, obgleich sonst in demselben durch reptilistische Artikel über die Sozialdemokratie hergezogen und bewundernswerther Unsinn gesponnen wird. - Bei der am 26. ds. stattgefundenen Sozialisten-Versammlung wurden am Orte ca. 50 Parteigenossen eingezwängt, aus schließlich der in der Umgegend wohnenden, welche ihrer Pflicht dem Agenten gegenüber privatim nachkommen werden.

Nun noch Einiges über die Arbeiterverhältnisse am Orte. Die vorigen Herbst so viel Aufregung verursachende projectirte Arbeitsaufsperrung ist zwar abgewendet worden (die Fabrikanten haben dabei in Verschiedenem Nutzen gezogen), doch wird die vom hiesigen Fabrikantenvereinsvorsitzenden so viel angepriesene Harmonielehre niemals bei den hiesigen Arbeitern Eingang finden, da die Thaten der Herren Fabrikanten mit ihren "Lehren" im Widerspruch stehen und den Arbeitern die Augen öffnen. Von der harmonischen Gesinnung der Fabrikanten hier nur aus vielen einige Proben. - Der Arbeiter P. steht mit seinem früheren Prinzipal Thiemie in Klagestreit. Der Anlaß ist folgender. P. erhielt, nachdem er seinen mechanischen Stuhl gepußt und vorgerichtet hatte, vom Meister, den wir nächstens einmal unsern Lesern vorstellen werden, (Boigt ist sein Name) kein Arbeitsmaterial, mit der Bemerkung, er (P.) solle erst seinen Stuhl richtig puzen. Durch Zeugen wurde festgestellt, daß der Stuhl gereinigt war. P. konnte also nichts Anderes und Besseres thun, als seinen Lohn und Arbeitsantrittsbekleidung verlangen. Thiemie entließ den P. mit Zurückhaltung eines Theiles seines Arbeitslohnes und mit einem weißen Bittel. Es bestehen hier vom Fabrikantenverein zur leichteren Nachregelung eingetragene farbige Arbeitsentlassungsscheine,

über welche wir bei erster Gelegenheit ein Wörterchen mit dem Staatsanwalt reden werden. P. sagte, der Bescheid in erster Instanz lautet: P. soll sich den zurückbehaltenen Lohn, mit Abzug von 80 Pf. für angebliches Nachpuzen des Stuhles, bei Thiemie holen und die Hälfte der Kosten tragen. Hiergegen erhebt P. Widerspruch und werden wir über den weiteren Verlauf des Prozesses berichten. Daß derselbe zu Gunsten des P. ausfallen muß, geht daraus hervor, daß er nicht verpflichtet ist, den Stuhl zu puzen, da dies eine Arbeit ist, die nicht bezahlt wird, und eine besondere Vereinbarung nicht besteht. - Weiter: In der "Sächsischen Tuchfabrik" wurde einem Arbeiter, der 26 Jahre mit 1/4 Jahr Unterbrechung, in dieser Fabrik arbeitet, weil er nicht im Stande war, eine Arbeit zu dem Preise zu liefern, den man geben wollte, von dem bekannten "gebildeten" Director Richter gesagt: "Dann solle er Holz hacken gehen."

Das ist die "Harmonie". Erst ausgepreßt wie eine Citrone, dann direct oder indirect auf die Straße geworfen. Bei alledem verfuhr nun noch Herr Fabrikant Buchwald, wahrscheinlich im Einverständnis mit Herrn Ludwig-Wolf, durch bezogene Mitglieder der Hirsch-Dunder'schen "Gewerksvereine" letztere hier einzurichten. Diese armen, und wie der letzte Verbandstag zeigt, von ihrem Gewerkschaftsgenerale Hirsch u. hinter's Licht geführten Arbeiter, sollen hier nun gegen die Interessen des Arbeiterstandes, also gegen ihre eigenen Interessen gerichtete Vereine gründen und sich bei den hiesigen Arbeitern blamieren, unsterblich machen. Nun, wir warten schon auf die Agitation gegnerischerseits, die uns sehr zu Statten kommen soll. - Noch eins. Stadtrathlicherseits geht man jetzt daran, Volksbibliothek einzurichten, die, das können wir im Voraus mit Gewisheit sagen, so gut wie gar nichts zur Volksbildung beitragen werden, denn in den diesbezüglichen an die Arbeitervereine gerichteten Fragebogen sind die wesentlichsten Momente "vergessen" worden. Wenn wir annehmen, daß diese Bibliotheken zur Aufklärung unter dem Arbeiterstande, der Majorität des Staates, beitragen sollen, so muß man wissen, was der aufgeklärtere Arbeiter, der immer in Arbeitervereinigungen zu finden ist, mit Vorliebe liest, woraus er schöpft. Die Zeit wird es lehren, daß dies nur eine weitere Auflage des Reptilienfonds ist.

Frankfurt a. M. Am 10. Juli hielten die hiesige Tapezirer-Gehilfen eine öffentliche Versammlung ab mit der Tagesordnung: 1) Der Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Verbindung. 2) Wie verhalten wir uns zu den Aufforderungen der Kollegen von Berlin, Hamburg, Hannover? Ueber den ersten Punkt referierte Herr Sabor in vortheilhafter Weise und machte es klar, wie notwendig eine feste Vereinigung ist, um unsere traurige Lage zu verbessern. Sein Vortrag wurde von der Versammlung mit dem größten Beifalle aufgenommen. Nachdem die Herren Willbrecht, Kilmann und noch Andere gesprochen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: "Die heutige Versammlung der Tapezirergehilfen Frankfurts begrüßt das Vorgehen der Kollegen von Berlin, Hamburg und Hannover mit der größten Anerkennung und erklärt, sich auf dem Congresse vertreten lassen zu wollen, und sich dem Verbände anzuschließen."

Wir fordern nun sämtliche Kollegen Deutschlands auf, für unsere gerechte Sache einzutreten und diesem Beispiele zu folgen, denn nur durch ein vereintes Vorgehen sind wir im Stande unsere Lage zu verbessern.

W. Willbrecht, 1. Vorsitzender,  
Adresse: Frau Fendler, Allerheiligengasse 26, 2. Etage.  
Simon, Schriftführer.

**Diebstahl**  
der Redaktion: R. Lohr in Altsadt: Das 1/2-jährige Kind müssen Sie impfen lassen; das 3/4-jährige Kind ist erst nach zurückgelegten 12 Jahre impflichtig. - Peter Pfeifer und Andreas Reifel Darmstadt: Daß die Schuhmacher und Sozialisten Darmstadt mit den "Brünnern" nichts anzuhaben wollen, versteht sich von selbst. Aber woher den Raum nehmen, wenn wir jeden Korb, den jene Leuten empfangen, veröffentlichen wollen?

der Expedition: R. Landshut: Das Abonn. pr. Kreuzband kostet wöchentlich 3 Mal zugewandt 3 M. 50 Pf., wöchentlich 1 Mal 2 M. 50 Pf. Einzelne für Abonnenten 5 Pf. 4. Ghr. Barmen: Die Adresse von Wittlinghausen ist Gereonstr. 8, Gdn a. Rd.; das Buch "Garantien der Harmonie" von Weilling können Sie vielleicht noch auf antiquarischem Wege erhalten.

**Quittung.**  
der Expedition: P. Eselbusch Fort Ann. 0.50. J. Pir Frankfurt Ann. 3.00. Refin Glanhan Schr. 3.60. Arb.-Ber. Gohlis Ann. 1.85. R. Jäger Geringwalde Ab. 1.60. G. H. G. Gdn Ab. 46.50. Ann. 0.30. Schum.-Krankenkasse Gdn Au. 0.70. Frader, der Tischler das. Ann. 2.10. Arb.-Partei das. Ann. 3.10. Mkr. hier Ab. 6.00. Schr. 0.58. Fiedler Berlin Schr. 15.00. A. Erdm Gotha Schr. 9.20. Franz Jägerndorf Schr. 6.00. Misch Jitta Schr. 15.00. P. Kopenhagen Schr. 17.85. Soc.-demokr. Arb.-Ber. Leipzig Ann. 2.60. Tp Leipzig Ab. 1.25. Schr Lindenan Ab. 7.90. W. Saarbrücken Ann. 1.50. Epman Berlin Ab. 3.50. E. Lijl Wien Ab. 10.97.

**Fond für Gemahrgelbe.**  
Gef. Sommerfest d. Wfb Nähmaschinenfabrik d. Förster 3.80.

**Anzeigen u.**  
Die rechts in [ ] angegebene Ziffer bedeutet den Preis der betreffenden Annonce in Reichspfennigen.

**Augsburg** Samstag, den 17. Juli, Abends bei Kunder:  
**Sozialisten-Versammlung.**  
Wir erwarten, daß jeder Gesinnungsgenosse seine Spätigkeit thut. J. Gredes.

NB. Sollte eine Volksversammlung stattfinden, so wird dies in der Neuen Augsburgerzeitung bekannt gemacht. [70]

**Breslau** Gewerkschaft der Holzarbeiter.  
Jeden Sonnabend, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Restant. Wengler, Ritterplatz 9:  
**Versammlung.**

Die Mitglieder werden aufgefordert, jeden Sonnabend pünktlich zu erscheinen. G. Rebel, Sec. [60]

**Breslau** Sonntag, den 18. Juli:  
Gem.-inoffizieller Spaziergang nach Schloßpark.  
Sammelpfad: "Seelöwen" (Ufergasse). Komarsch Nachmittag präcis 8 Uhr. D. S. [100]

**Erzgebirg** Sonntag, den 25. Juli  
Landpartie nach dem Geisenstein.  
Alle Parteigenossen von Nah und Fern sind freundlich eingeladen.  
Zusammenreffen Nachmittag 2 Uhr am Geisenstein. [100]

**Essen** Sozialistische Arbeiterpartei.  
Sonntag, den 18. d. M. Vormittags 11 Uhr beim Wirth Herrn Brandenberg, Gradensstraße Nr. 2:  
**Öffentliche Versammlung.**

L.-D.: Wichtige Angelegenheiten. Der Agent. [50]

**Essen** Alle Leser des "Neuen Sozialdemokrat" und "Vollstaal" werden ersucht, an den früheren Zeitungsboten kein Geld mehr auszusahlen.  
Die Zeitungs-Kommission. [100]

**Hamburg** Freitag, den 16. Juli, Abends 9 Uhr, bei Tüchte Valentinskamp 41:  
**Geschlossene Mitgliederversammlung.**

L.-D. 1. Wahl eines Festkomittees. 2. Regelung des Brochürenverlaufs. 3. Vortrag. G. S. Kolkamp. [70]

**Hamburg u. Umgegend** Sonnabend, den 17. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei G. Stadtl, (früher Tüchte) Valentinskamp 41:  
**Öffentliche Versammlung der Metallarbeiter.**

L.-D.: Constatierung einer hiesigen Mitgliedschaft der Metallarbeiter. J. A.: Das provisorische Comité [60]

**Hamburg-Altona** Sonntag, den 18. Juli 1875, Nachmittags 1 Uhr, im Storchneß (Zinsbühl):  
**Stiftungsfest und Ball**

mit Kinderergänzungen im Garten, arrangirt vom Posamentir- und Knappschneider-Verein. - Karten 30 Pf. gültig für einen Herrn nebst Damen. An der Kasse 50 Pf. Karten sind zu haben bei Estelsson, Paulstr. Lüders, Holtmann, Hansen, Mohrmann. Das Comité. [225]

**Leipzig** Juli sein  
Der Arbeiterbildungsverein feiert Sonntag, den 18. Juli sein  
**Sommer-Fest**

in den Räumen der goldenen Krone in Connewitz, bestehend in Concert und Ball, Spielen für Damen, Herren und Kinder. Anfang des Concerts, Nachmittag 8 Uhr. - Programme sind zu haben im Vereinslokal, Ritterstr. 43, 11. Zahlreicher Theilnahme Seitens der Gönner, Freunde und Mitglieder des Vereins steht entgegen. [26] Der Vorstand. [250]

**Kowalwes** Gewerkschaft der Manufakturarbeiter.  
Montag, den 19. Juli, Abends 8 Uhr:  
**Versammlung**

bei Müller, Lindenstraße Nr. 31. Adolph Rummann. [50]

**Marxstädt** Sozialdemokratischer Arbeiterverein.  
Sonnabend, 14. Juli, Abends halb 9 Uhr:  
Versammlung im "Thüringer Hof". - Referent: Fischer von Thonberg bei Leipzig. Gäste willkommen. D. S. [40]

**Stuttgart** Sonntag, den 25. Juli, feiern die hiesigen Mitglieder der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands ihr erstes Stiftungsfest in den Räumen der Siegeshalle. Um 2 Uhr Sammeln im Vereinslokal, von da aus Festzug mit Musik nach dem Festlokal, wo abends das Fest unter Musik, Festrede und Gesang seinen weiteren Verlauf nimmt.

Wir laden hierzu alle Parteigenossen von nah und fern freundlich ein, und ersuchen besonders diejenigen, welche in Besitz von geeigneten Fahnen sind, sich zu betheiligen. - Diejenigen Parteigenossen, welche hierher kommen und nicht von unserem Comité auf dem Bahnhof bedacht werden, möchten sich in unser Vereinslokal, Charlottenstraße (Müller'sche Brauerei) verfügen. J. A.: Das Comité [300]

Herr E. Stahr in Remscheid wird gebeten, mir seine Adresse anzugeben. Adalfr. Siebler, Südstr. Nr. 23, Barmen. [50]

**Polntechnicum Langensalza.**

Königl. conc. höhere technische Lehranstalt für Maschinen-, Mühlen-, Spinnerel-Techniker, sowie für Architekten, Ingenieure und Bautechniker überhaupt, in Verbindung mit Cursen zur Vorbereitung für den einjährig-Freiwilligendienst, und einer Vorschule unter Leitung des Herrn Schulrath Loos. An den getrennten Abtheilungen der Hauptschule unterrichten 12 Fachlehrer; den Vortag im Laboratorio führt Herr Landrath u. Marschall.

Für die weitere Fortkommen der Absolventen wird von Seiten der Anstalt gesorgt. - Trotz der bedeutenden Frequenz ist der Lebensunterhalt billig. Beginn des Wintersemesters am 6. October. Prospect unentgeltlich und franco durch den Director Dr. Kirchner. (H. 03127) [875]

**Allgemeine deutsche Associations-Druckerei** zu Berlin.

(Eingetragene Genossenschaft.)  
Gemäß §§ 20 bis 23 unseres Statuts findet Sonntag, den 18. Juli d. J., Vormittags von 11 Uhr ab in Berlin, im Lokale des Restaurateurs Vogel, Alexanderstraße 31, eine außerordentliche Generalversammlung statt. Die Mitglieder, welche bereits 3 Reichsmark zur Genossenschafts-lasse eingezahlt haben, sind zur Theilnahme berechtigt und werden hiermit eingeladen.

**Tagesordnung:**  
1) Anträge auf Änderungen der §§ 1, 3, 5, 8, 9, 10, 11, 12, 14, 15, 16, 17, 20, 21, 22, 24, 26, 27 und 28 des Statuts.  
2) Neuwahl des Vorstandes und des Aufsichtsraths.  
3) Ausübung der bezüglich des Geschäftsbetriebs nach § 22 des Statuts der Generalversammlung zustehenden Befugnisse.  
Berlin, den 2. Juli 1875.

Für den Ausschuss des Aufsichtsraths:  
E. Bernstein, Secretär. [190]

Folgende Herren werden ersucht, ihre Interims-Antwortscheine auf unserem Bureau, Oranienstr. 8, L. persönlich in Empfang zu nehmen, da die auf dieselben gesandten Briefe als unbeschädigt zurückgekommen sind: G. Krant, Julius Bsch, Th. Thomsen, Georg Radtke und Wilh. Kliehm.

Der Vorstand:  
Wilh. Hasenclever, Wilh. Casselmann, Geogr. Radow. [200]

**Aufforderung an unsere Presse!**

Alle politischen, sowie gewerkschaftlichen Parteiblätter des In- und Auslandes werden freundlichst ersucht, unserm Bruderorgan, dem "Sozialdemokrat in Kopenhagen" regelmäßig Taufschere zu senden, auch ergeht an alle außerhalb Dänemarks befindlichen dänischen Parteigenossen die dringende Aufforderung, zeitweilig Correspondenzen über den Gang der ausländischen Bewegung einzusenden an die Redaktion des Sozialdemokrat in Kopenhagen.

Wir bitten im allseitigen Interesse um thanlichste Berücksichtigung dieses Ansehens.  
Leipzig, den 13. Juli 1875.

(3a) Die Redaktion des "Vollstaal."

In unserem Verlage ist erschienen:  
**G. Herwegh: Kampfsprolog im Himmel.**

(Zugleich Ergänzung zu der im Verlage der Expedition des "Vollstaal" erschienenen Brochure:

"Eine Erinnerung an Georg Herwegh.")  
Preis: 100 Stk 2 M. (Einzel resp. weniger als 100 Stk) à 3 Pf. Volksbuchhandlung (J. Frau) Zürich.

NB. Bestellungen übermitteln die Expedition des "Vollstaal." (2a) [250]

Verantwortlicher Redacteur: G. Rindt.  
Redaktion Hohestr. 4, Expedition Zeitendr. 44, in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.